

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Arbeitslosigkeit ohne Ausweg?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1985) : Arbeitslosigkeit ohne Ausweg?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 5, pp. 214-215

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136034>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Arbeitslosigkeit ohne Ausweg?

Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit ist zu konstatieren. Hatte es nach der konjunkturellen Wende kaum drei Quartale gedauert, bis der Anstieg der Arbeitslosenzahl gestoppt war, so haben weitere zwei Jahre wirtschaftlicher Erholung keinen Rückgang der Arbeitslosigkeit gebracht. Demographische Belastungen haben dabei keine nennenswerte Rolle gespielt. Vielmehr stagniert auch die Beschäftigung seit zwei Jahren, obwohl die gesamtwirtschaftliche Produktion deutlich gestiegen ist.

Schon macht das Wort von der „Entkoppelung“ die Runde. Aus der Erfahrung, daß Wachstum nicht zu mehr Beschäftigung führte, wird auf eine neue „Gesetzmäßigkeit“ geschlossen. Das erinnert an die noch pessimistischere These von der „Wachstums-Produktivitäts-Schere“, nach der die Produktivität sogar noch stärker als das Sozialprodukt zunehmen und die Beschäftigung damit zwangsläufig sinken sollte. Wissenschaftliche Begründungen gibt es weder für die eine noch für die andere These. Vielmehr sind weder die Wachstums- noch die Produktivitätsraten einer Volkswirtschaft „vorgegeben“. Daher ist auch die künftige Entwicklung der Beschäftigung nicht vorherbestimmt, sondern sie ist vom Handeln aller Beteiligten abhängig.

Es fällt auf, daß der fatalistische Glaube an eine Zwangsläufigkeit ungünstiger Beschäftigungstendenzen gerade unter jenen verbreitet ist, die früher die „Machbarkeit“ der Wirtschaftsentwicklung nicht genug betonen konnten. Heute plädieren sie vorzugsweise für Symptomkuren wie die Arbeitszeitverkürzung und den zweiten Arbeitsmarkt. Symptomkuren mögen lindern; gerade am Arbeitsmarkt haben sie aber auch kontraproduktive Nebenwirkungen. Auf jeden Fall lassen sie die Ursachen des Übels unberührt. Die Ursachenanalyse führt immer wieder zu zwei Kernpunkten. Erstens ist die Wachstumsdynamik nicht ausreichend, und zweitens gibt es zu viele Hemmnisse, die einer erhöhten Beschäftigung entgegenstehen. Das ist auch im jüngsten Gemeinschaftsgutachten der großen Wirtschaftsforschungsinstitute hervorgehoben worden – wieder einmal, merken manche Stimmen kritisch an. Aber der Befund ist immer noch zutreffend, und es ist alles andere als überflüssig, ihn erneut in Erinnerung zu rufen und therapeutische Konsequenzen zu fordern.

Mangel an Wachstumsdynamik ist nicht einfach gleichbedeutend mit mäßigen Zuwachsraten des Sozialprodukts. Tatsache ist allerdings, daß die Raten im bisherigen Verlauf der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung relativ niedrig waren. Die Messung des „Grundtempos“ wird zwar durch eine ganze Reihe von verzerrenden Sondereinflüssen erschwert, die den Erholungsprozeß immer wieder überlagert haben; aber insgesamt dürfte es nicht wesentlich über 2½ % pro anno betragen haben. Wichtiger ist jedoch der Mangel an Dynamik, der sich in der Struktur der Expansion zeigt; der Prozeß war hauptsächlich exportgetragen, die Inlandsnachfrage blieb insgesamt schwach. Soweit darin das bewußte Zurückdrängen

der staatlichen Nachfrage zum Ausdruck kommt, ist das nicht bedenklich. Doch die Schwäche der Inlandsnachfrage ist auch darauf zurückzuführen, daß die Investitionen der Wirtschaft bisher deutlich weniger zunahmen als in früheren Aufschwüngen.

Gegen dieses Urteil spricht die gegenwärtig recht kräftige Investitionsbelegung in der Industrie nur scheinbar. In den meisten anderen Wirtschaftsbereichen ist die Entwicklung nämlich deutlich ungünstiger, und der Anteil der Industrie an den Investitionen der Wirtschaft beträgt lediglich rund ein Drittel. Der Investitionsanstieg erfaßt „viele jener Bereiche nicht, in denen mittelfristig die Chancen für mehr Arbeitsplätze am größten sind“, heißt es dazu im Gemeinschaftsgutachten. Umfrageergebnisse zeigen zudem, daß der Anteil der auf Schaffung neuer Arbeitsplätze gerichteten Investitionen weiterhin gering ist.

Der Wachstumsprozeß hat also sowohl dem Tempo als auch der Struktur nach zu wenig Dynamik. Damit fehlt eine notwendige Voraussetzung für die Lösung des Beschäftigungsproblems (und zugleich für das Erreichen anderer Ziele, z. B. des von vielen gewünschten Anstiegs der Realeinkommen). Was getan werden muß, um hier Abhilfe zu schaffen, ist seit dem sogenannten Lambsdorff-Papier hinreichend diskutiert, aber zu wenig in praktische Politik umgesetzt worden. Nicht nur die Liste der Unterlassungen, sondern inzwischen auch die der Verstöße gegen die als richtig erkannten Prinzipien ist lang. Einen beachtlichen Schritt in die richtige Richtung stellt zwar die Steuerreform dar; auch sie trägt aber Zeichen der Halbherzigkeit und des „Populismus“.

Zu der unzureichenden Wachstumsdynamik kommen spezifische Hemmnisse, die einer Zunahme der Beschäftigung entgegenstehen. Mit Recht wird in diesem Zusammenhang immer wieder die Rolle der hohen Lohnnebenkosten hervorgehoben. Die Institute haben darauf hingewiesen, daß darüber hinaus auch die – nicht hinreichend kalkulierbaren – Kosten der Beschäftigung berücksichtigt werden müssen, „die sich aus Auflagen für Arbeitsplätze und Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer ergeben. Hierzu zählen Vorschriften, die einen flexiblen Einsatz der Arbeitskräfte behindern, sowie Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit Arbeitsgerichtsverfahren und hohe Kosten von Sozialplänen. Es ist ein Faktum, daß die Unternehmen trotz der wieder günstigeren konjunkturellen Situation in vielen Fällen vor Neueinstellungen zurückschrecken, weil sie solche schwer kalkulierbaren Belastungen angesichts der Unsicherheiten über ihre mittelfristigen Absatzchancen als hohes Risiko betrachten“.

Die Lohnentwicklung der letzten Jahre war deutlich gemäßigt. Viele sind enttäuscht, daß die Beschäftigung trotzdem nicht gestiegen ist. Es sollte jedoch nicht übersehen werden, daß Lohnnebenkosten durch Tarifverträge (zuletzt vor allem durch die Arbeitszeitverkürzung) und durch gesetzliche Regelungen weiter erhöht, Schutzbestimmungen weiter verschärft worden sind. Infolgedessen sind die Kosten der Arbeit insgesamt stärker gestiegen, als aus der mäßigen Größenordnung der Tarifabschlüsse geschlossen werden könnte. Im übrigen gilt es zu bedenken, daß die Beschäftigungsentwicklung bei einer weniger zurückhaltenden Lohnpolitik zweifellos ungünstiger gewesen wäre. Zweifel an der Zweckmäßigkeit weiterer Lohnzurückhaltung, so die Folgerung im Gemeinschaftsgutachten, sind daher unberechtigt. Eine andere Tarifpolitik würde vielmehr die Beschäftigungsperspektiven verschlechtern.

Lohnpolitik kann einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Beschäftigung leisten, und die oft beschworene Solidarität mit den Arbeitslosen verlangt diesen Beitrag. Um mehr Arbeitsplätze rentabel zu machen, müssen die Gesamtkosten der Arbeit im Vergleich zu denen des Kapitals gesenkt werden. Das erfordert in der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung nicht mehr als ein Zurückbleiben des Reallohnanstiegs hinter dem verteilbaren Produktivitätsanstieg. Zugleich müssen die Arbeitskosten stärker nach Branchen, Regionen und Qualifikationen differenziert werden, als das heute der Fall ist. Das sind ökonomische Fundamentalforderungen, die nicht schon deshalb als Ideologie verdächtigt werden dürfen, weil sie jedenfalls „in der ersten Runde“ Verteilungskonsequenzen haben, die nicht jedermann gefallen.

Weitverbreitet ist heute die Meinung, daß es in den nächsten Jahren am Arbeitsmarkt keine Verbesserung geben wird. Sollte sich diese Erwartung bestätigen, dann nicht wegen der Zwangsläufigkeiten ökonomisch-technischer Entwicklungen, sondern wegen der Versäumnisse und Fehler in der Wirtschafts- und Lohnpolitik.